

**Frankfurter
Montags-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**“Mit letzter Tinte“:
ein Federstich in das Wespennest
israelischer, jüdischer und deutscher
Empfindlichkeiten**

Egbert Jahn

16. April 2012

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften
Institut für Politikwissenschaft
Robert-Mayer-Str. 5
D-60054 Frankfurt
Tel.: +49-69-798 22667 (Sekretariat)
Fax: +49-69-798 28460
E-mail-Adresse: e.jahn@soz.uni-frankfurt.de
http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb03/institut_2/ejahn/

Zusammenfassung

Wieder einmal hat ein Prominenter des öffentlichen Lebens in Deutschland heftige Anklagen des Antisemitismus auf sich gezogen und soll nun weithin im In- und Ausland geächtet werden. Dieses Mal ist es Günter Grass, der mit einer kurzen politischen Erklärung zur Außen- und Militärpolitik Israels beinahe allseits Empörung und Verurteilung, andernorts nüchterne Zurückweisung und nur an den Rändern des politischen Establishments auch Zustimmung hervorgerufen hat. Manche scharfe Kritiker der Erklärung von Grass nehmen den Autor allerdings gegen den pauschalen Vorwurf des Antisemitismus in Schutz. Und wie immer in solchen Fällen grummelt es im gesellschaftlichen Untergrund, daß man ja in Deutschland nichts Kritisches über Juden und Israel sagen dürfe, ohne sofort von der politisch-moralischen Keule der herrschenden politischen Klasse in Deutschland getroffen und ins gesellschaftliche Abseits gestellt zu werden. Also sei es das Klügste, zum Thema Israel und Juden zu schweigen, denn nicht jeder könne es sich wie Günter Grass leisten, sein Schweigen zu diesem Thema zu brechen und seine politische Erklärung als „Gedicht“ unter den besondern Schutz der Kunst zu stellen. Aber Grass habe völlig recht, heißt es wieder einmal an deutschen Stammtischen; nur die Außenseiter der Ostermarschbewegung trauten sich, das öffentlich zu behaupten.

Wie in den Fällen Jenninger, Möllemann, Walser, Hohmann, Sarrazin hat auch die Affäre Grass ihre besonderen Eigenheiten. Aber in allen Fällen herrscht eine schlichte, pauschale Verurteilung und Behaftung mit dem ruftödlichen Etikett „Antisemitismus“ vor, anstatt sich mit den Aussagen des Textes auseinanderzusetzen und sie im einzelnen sachlich zu widerlegen, was auch im Falle Grass durchaus leicht möglich ist. Vor allem behauptet niemand in Israel und in der Welt ein israelisches „Recht auf einen (nuklearen) Erstschlag“, der das „iranische Volk auslöschen könnte“, eine unsinnige Behauptung, die jedoch im Kontext der öffentlichen israelischen Androhung eines möglichen konventionellen Luftangriffs auf die iranischen Atomanlagen agitatorische Brisanz erhält. Auch die Verharmlosung der wiederholten offiziellen iranischen Androhung der Vernichtung des Staates Israels als „Maulheldentum“ verkennt die gefährliche Brisanz von Ideologemen, hinter denen derzeit (noch) kein machtpolitisches Potential steht, nicht zuletzt wegen der militärischen Stärke Israels und seines faktischen Bündnispartners USA. Grass hat lediglich damit Recht, daß es in Deutschland (anders als in Israel und in den USA) keine politische Diskussion über die Haltung Deutschlands zur israelischen Androhung eines Angriffskrieges gegen die iranischen Atomanlagen gibt. Viel spricht dafür, daß die Grass-Affäre eine solche Debatte eher erschwert als auslösen wird, weil sie lediglich die überkommenen groben Denkmuster mobilisiert statt ihnen entgegenwirkt.

1 Die Mobilisierung herkömmlicher grober Denkmuster zum deutsch-jüdischen Verhältnis durch Günter Grass

Vor zwölf Tagen, am 4. April 2012, erschien in der Süddeutschen Zeitung und dann auch in La Repubblica und in El Pais ein Gedicht von Günter Grass unter dem Titel „Was gesagt werden muss“¹, das nichts anderes ist als eine kurze politische Erklärung mit 69 Zeilen. Wie so oft sind es ein oder zwei Sätze, die international einen Aufschrei der Empörung auszulösen vermochten. In diesem Falle lauten sie: „Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden“, und: „Es ist das behauptete Recht auf den Erstschlag, der das von einem Maulhelden unterjochte und zum organisierten Jubel gelenkte iranische Volk auslöschen könnte, weil in dessen Machtbereich der Bau einer Atombombe vermutet wird.“

Grass sieht sich als Deutscher berufen und berechtigt, sich zur israelischen Außen- und Militärpolitik zu äußern, „weil wir – als Deutsche belastet genug – Zulieferer eines Verbrechens werden könnten, das voraussehbar ist, weshalb unsere Mitschuld durch keine der üblichen Ausreden zu tilgen wäre.“ Die deutsche Zulieferung zum angeblich voraussehbaren israelischen Verbrechen eines atomaren, präventiven Angriffskrieges gegen den nuklear (noch) nicht gerüsteten Iran beschreibt er umständlich und mit verschwurbelten Worten sowie in Reflexion der deutschen und seiner eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit: „Jetzt aber, weil aus meinem Land, das von ureigenen Verbrechen, die ohne Vergleich sind, Mal um Mal eingeholt und zur Rede gestellt wird, wiederum und rein geschäftsmäßig, wenn auch mit flinker Lippe als Wiedergutmachung deklariert, ein weiteres U-Boot nach Israel geliefert werden soll, dessen Spezialität darin besteht, allesvernichtende Sprengkraft dorthin lenken zu können, wo die Existenz einer einzigen Atombombe unbewiesen ist, doch als Befürchtung von Beweiskraft sein will, sage ich, was gesagt werden muß.“

Grass deklarierte seine politische Erklärung als Gedicht, anscheinend hoffend, sie damit unter den besonderen Schutz der Freiheit der künstlerischen Äußerung stellen zu können und hatte damit zumindest bei der Bundeskanzlerin Merkel Erfolg. Ihr Sprecher erklärte, es gelte die Freiheit der Kunst und „glücklicherweise auch die Freiheit der Bundesregierung, sich nicht zu jeder künstlerischen Hervorbringung äußern zu müssen.“²

Grass war sich bewußt, daß er sich mit seinem Text den Vorwurf des Antisemitismus einhandeln werde und erklärte mit der Furcht davor das deutsche und sein eigenes langes Schweigen zum vermeintlichen „Tatbestand“ einer israelischen Bereitschaft zum atomaren „Erstschlag“: „Das allgemeine Verschweigen dieses Tatbestandes, dem sich mein Schweigen untergeordnet hat, empfinde ich als belastende Lüge und Zwang, der Strafe in Aussicht stellt, sobald er miß-

achtet wird; das Verdikt „Antisemitismus“ ist geläufig.“ ...“Warum aber schwieg ich bislang? Weil ich meinte, meine Herkunft, die von nie zu tilgendem Makel behaftet ist, verbiete diese Tatsache als ausgesprochene Wahrheit dem Land Israel, dem ich verbunden bin und bleiben will, zuzumuten.“ Schließlich aber habe er sich aufgerafft, um „gealtert und mit letzter Tinte“ das zu sagen, was gesagt werden müsse. Er hoffe, mit anderen, die ebenfalls ihr Schweigen brechen sollten, „den Verursacher der erkennbaren Gefahr (also Israel, E. J.) zum Verzicht auf Gewalt auffordern“ und darauf bestehen zu können, „daß eine unbehinderte und permanente Kontrolle des israelischen atomaren Potentials und der iranischen Atomanlagen durch eine internationale Instanz von den Regierungen beider Länder zugelassen wird. Nur so ist“, so meint Grass zu seiner weltpolitischen Mission, „allen, den Israelis und Palästinensern, mehr noch, allen Menschen, die in dieser von Wahn okkupierten Region dicht bei dicht verfeindet leben und letztlich auch uns zu helfen.“ Grass sticht mit seiner Feder „mit (vorerst, E. J.) letzter Tinte“ mitten in das Wespennest israelischer, jüdischer und deutscher Empfindlichkeiten. Israel sieht sich angegriffen, weil Grass ihm unterstellt, es beanspruche ein Recht zum zwar nicht beabsichtigten, jedoch in Kauf genommenen Völkermord an 73 Millionen Iranern mittels eines atomaren „Erstschlags“, während die iranische Führung offen die Tilgung Israels von der Landkarte fordere und sich in die Lage versetzen wolle, diese durch eine eigene, heimliche Atomrüstung in die Tat umsetzen zu können. Juden in aller Welt und vor allem in Deutschland sehen sich betroffen, weil sie sich mit Israel identifizieren und jede Existenzbedrohung Israels auch als einen Angriff auf sich selbst und ihre Lebenschancen empfinden. Viele Deutsche sind entsetzt, weil jeglicher Antisemitismus und jegliche Unterstützung einer Gefährdung der Existenz Israels als ein Anschlag auf die „Staatsräson“ der Bundesrepublik Deutschland empfunden werden, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel am 18. März 2008 vor der Knesset, dem israelischen Parlament, erklärte, als sie von der „besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels“ sprach.³

Der Sturm der Entrüstung nach der Veröffentlichung seiner politischen Erklärung und die sogleich verhängten Sanktionen haben aber Grass anscheinend doch überrascht. Der israelische Innenminister Eli Jischai verhängte am 8. April ein von prominenten Israelis kritisiertes Einreiseverbot für Grass, nicht wegen des „Gedichts“, sondern wegen seiner Mitgliedschaft in der Waffen-SS als Jugendlicher, über die Grass im August 2006 berichtet hatte. SPD-Politiker kündigten an, ihn nicht in Wahlkampfauftritten ihrer Partei zuzulassen. Erfolglos wurde verlangt, ihm den Literaturnobelpreis abzuerkennen. Die heftige Kritik an seinem Text veranlaßte ihn lediglich zu einer Korrektur und Präzision seines Textes. Er hätte statt ganz allgemein

von Israel von der derzeitigen Regierung Israels unter Benjamin Netanjahu als Verursacher der Atomkriegsgefahr sprechen sollen.⁴ Und er hätte auch gern die widerrechtliche israelische Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten kritisiert, „die Israel mehr und mehr Feinde schafft und das Land mehr und mehr isoliert.“⁵ Er beklagte sich zugleich in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk, daß „in einem demokratischen Land, in dem Pressefreiheit herrscht, eine gewisse Gleichschaltung der Meinung im Vordergrund steht.“ Ferner, daß man sich weigere, „auf den Inhalt und die Fragestellungen seines Gedichts einzugehen“.⁶

2 Empörung, nüchterne Zurückweisung und Zustimmung zur politischen Erklärung „Was gesagt werden muss“ von Günter Grass

Dies soll im folgenden nach einer Darstellung der unterschiedlichen öffentlichen Positionen zur Grass-Erklärung geschehen. Die veröffentlichten Reaktionen auf die politische Erklärung von Grass waren zwar ganz überwiegend von Empörung und Entsetzen geprägt, aber durchaus nicht so weitgehend einheitlich wie in den Fällen Jenninger, Möllemann, Hohmann, Walser und Sarrazin, in denen ausgiebig der Antisemitismus-Vorwurf erhoben wurde. Auch beherrschte die Grass-Affäre nur kurz die Titelseiten. Wohl aber ließen sich die meisten Kritiker nicht auf eine gründliche Erörterung der Argumente von Grass und der von ihm behaupteten „Tatsachen“ ein, sondern begnügten sich mit allgemeiner (Dis-)qualifizierung und Etikettierung seiner politischen Erklärung sowie mit psychologistischen Deutungen seiner Motive.

Es lassen sich im wesentlichen fünf Positionen zum Grass-Text erkennen. Die erste und vorherrschende ist seine scharfe Verurteilung als ein nicht nur antiisraelisches, sondern auch anti-jüdisches, antisemitisches Machwerk. Der zweite, wohl weniger verbreitete Standpunkt, verurteilt den Text ebenso deutlich, nimmt aber Grass vor dem Vorwurf des Antisemitismus in Schutz. Die dritte Position ist eindeutig eine Minderheitenposition, die entweder nur die Meinungsfreiheit von Grass gegenüber pauschalen Verdächtigungen und Sanktionen verteidigt oder gar seinem Text aus friedenspolitischen Motiven zustimmt. Die vierte Position ist in Deutschland unter den politisch Denkenden und sich zu anderen Themen äussernden Deutschen am weitesten verbreitet: ein Schweigen aus Ratlosigkeit oder Furcht, jegliche kritische Äußerung zum politischen Verhalten von Juden oder zur Politik Israels könne als Antisemitismus interpretiert und zur gesellschaftlichen Ächtung zu Nachteilen im eigenen Berufsleben, insbesondere bei Wissenschaftlern, Journalisten und anderen Meinungsmultiplikatoren, führen. Auch bei Friedensforschern ist diese Haltung anzutreffen. Das als durch inneren moralischen Druck auferlegte und zeithistorisch bedingte Schweigen, das Grass bei sich mit Mühe

zu überwinden behauptete, es ist ziemlich weit verbreitet. *Nil nisi bene*, Israel und die Juden werden von vielen Deutschen gleichsam als Tote behandelt, denn über Tote darf man nur Gutes sagen. So überlassen sie deutschen und israelischen Juden weitgehend die mediale Bühne der Presse und der Talkshows zum Grass-Text und grummeln allenfalls am Stammtisch.

Die fünfte Position ist die selten öffentlich und weitaus häufiger nur am Stammtisch geäußerte Zustimmung zu Grass aus antisemitischer oder antiisraelischer Grundhaltung, die in manchen wissenschaftlichen Untersuchungen bei mindestens 15 Prozent der Deutschen vermutet wird. Prominente iranische Politiker haben sich ebenfalls zustimmend zur Grass-Erklärung geäußert. Der Vizekulturminister Dschawad Schamghadri schrieb Grass, daß sein Gedicht zweifellos dazu beitragen werde, daß das schlafende Gewissen des Westens nun aufgeweckt werde.⁷ Allerdings dürfte der Grass-Text im Iran kaum veröffentlicht werden, da in ihm der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad als ein Maulheld bezeichnet wird, der das iranische Volk unterjochte, und der Autor betont, daß er dem Land Israel verbunden ist und bleiben will.

Einige Stimmen zu den ersten drei Positionen seien hier aufgeführt. Der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki bezeichnete in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“⁸ den Grass-Text als „ekelhaftes Gedicht“, das literarisch und politisch wertlos sei. Er sei ein geplanter Schlag nicht nur gegen Israel, sondern gegen alle Juden. Der Iran wolle Israel auslöschen und Grass dichte das Gegenteil. Es sei eine Gemeinheit, so etwas zu publizieren. Grass sei zwar kein Antisemit, spiele aber gezielt auf antisemitische Neigungen in Teilen der Bevölkerung an. Viele Kritiker von Grass sehen seine Äußerungen in einer Linie mit seiner biographischen Vergangenheit als siebzehnjähriges Mitglied der Waffen-SS. Rolf Hochhuth schrieb an Grass: „Du bist geblieben, was Du freiwillig geworden bist: der SS-Mann, der das 60 Jahre verschwiegen hat...“⁹ Und Daniel J. Goldhagen nannte ihn einen „Verfälscher seiner Nazi-Vergangenheit“¹⁰, der die „kulturellen Klischees und Vorurteile seiner Zeit“ wiedergebe. Der Direktor des Jüdischen Museums in Frankfurt Raphael Gross nannte den Grass-Text einen „Hassgesang“.¹¹ Der Filmproduzent Artur Brauner bestritt Grass jedes Recht zur Kritik am jüdischen Staat und erinnerte daran, daß Grass Mitglied der Waffen-SS war, während zur gleichen Zeit „Hunderttausende Juden von den SS-Mördergruppen getötet worden“ seien.¹² Ralph Giordano sprach von einem „Anschlag auf die Existenz Israels“.¹³ Der New Yorker, aus Hessen stammende Journalist Robert B. Goldmann spekulierte über die unausgesprochenen Motive von Günter Grass, „die den alten Herren zum anti-israelischen Dichter werden“ ließen. „Jahrzehntelang sagte und schrieb er nichts über Juden und Israel. Dass er es jetzt tut, scheint für ihn eine Erlösung zu sein! Israel, das lange nicht kritisierbar war, ist jetzt legitimer

Diskussionsgegenstand. Das sollte es auch sein, aber nicht für Grass und seine SS-Kollegen, die ihre eigene Vergangenheit so lange verleugnet haben.“¹⁴ Die Kandidatin für das Bundespräsidentenamt Beate Klarsfeld verglich den Grass-Text gar mit dem einer Hitler-Rede.¹⁵

Der israelische Gesandte in Berlin Emmanuel Nahshon sah in einem kurzen Kommentar einen Zusammenhang des Grass-Textes mit einer langen antisemitischen Tradition, „die Juden vor dem Pessach-Fest (das in diesem Jahr mit dem christlichen Osterfest zeitlich zusammenfiel, E. J.) des Ritualmords anzuklagen. Früher waren es christliche Kinder, deren Blut die Juden angeblich zur Herstellung der Mazzen verwendeten, heute ist es das iranische Volk, das der jüdische Staat angeblich auslöschen will.“¹⁶ (Die Mazze oder Matze ist ein ungesäuertes Brot, das von religiösen Juden beim Pessachfest zum Gedenken an den israelitischen Auszug aus Ägypten gegessen wird.) Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu warf Grass einen schändlichen Vergleich Israels mit dem Iran vor. Der Iran, nicht Israel sei eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit der Welt.¹⁷

Die zweite Position verurteilt den Grass-Text als ein antiisraelisches, aber nicht allgemein antisemitisches Pamphlet, das die tatsächlichen politischen Positionen Israels und Irans total verkenne und ein politisches Tabu behaupte, das es gar nicht gäbe. Außenminister Guido Westerwelle bezeichnete es als nicht geistreich, aber absurd, „Israel und Iran auf eine gleiche moralische Stufe zu stellen“.¹⁸ Der israelische Historiker Tom Segev kritisierte, daß Grass keine Ahnung vom Iran, von Atomkraft und Strategie habe und stellte klar, daß in Israel offen „doch nur von gezielten Angriffen auf iranische Atomanlagen, nicht von einem Atomangriff auf das ganze Land“ die Rede sei. Er verstehe nicht, weshalb Grass, den er nicht für antisemitisch und noch nicht einmal für anti-israelisch hält, „Israel und Iran auf eine Stufe“ stelle.¹⁹

Die dritte Position vertrat der Präsident der Akademie der Künste, Klaus Staeck, indem er meinte, man müsse „ein klares Wort sagen dürfen, ohne als Israel-Feind denunziert zu werden.“²⁰ Nur wenige Journalisten ergriffen vehement Partei für Grass wie Jakob Augstein, der meinte, man müsse Grass für den Satz danken, daß die Atommacht Israel den Weltfrieden gefährde. Dieser Satz habe „Aufschrei ausgelöst“, weil „er richtig“ sei. Er habe „es auf sich genommen, diesen Satz für uns alle auszusprechen.“ Grass habe gewußt, daß „man ihn gleich einen Platz im Reha-Zentrum für deutsche Geschichte zuweisen werde, Abteilung Walser, Flur für geriatrische Flakhelfer.“ Zwar habe er auch Unfug geschrieben und von der Auslöschung des iranischen Volkes gesponnen, aber er habe die Deutschen endlich aus dem Schatten der erwähnten Worte der Bundeskanzlerin Angela Merkel geholt, daß die Sicherheit Israels zur deutschen „Staatsräson“ gehöre, und daß das „in der Stunde der Bewährung keine lee-

ren Worte bleiben“ dürfe.²¹ Völlig undifferenziert stimmten manche Plakate und Redner auf der Ostermarsch-Demonstrationen am Wochenende nach der Veröffentlichung des „Gedichts“ mit dem schlichten Wortlaut zu: „Grass hat Recht“. Andreas Buro vom Netzwerk Friedensinitiative ergänzte Grass mit einem eigenen „Gedicht“, in dem es heißt: „Günter Grass hat vor Krieg gewarnt, Israel als eine Gefahr für den Weltfrieden bezeichnet. Wir hätten auch die USA, die Erfinderin der Achse des Bösen, genannt“, aber auch viele arabische und islamische Staaten und Deutschland. Grass habe dazu beigetragen, eine friedliche Lösung der vielen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten zu fordern.²²

3 Inhalt und historischer Kontext der politischen Erklärung von Günter Grass

Der Grass-Text enthält vier inhaltliche Aussagen, deren Stichhaltigkeit zu überprüfen ist:

a) Israel sei eine Atommacht (ein mit einer wachsenden Zahl von Nuklearwaffen ausgerüsteter Staat) „außer Kontrolle, weil keiner Prüfung zugänglich“, gemeint ist ohne internationale Kontrolle seiner Atomanlagen und Kernwaffenbestände.

Irreführend ist die Vorstellung von Grass, daß die Nuklearwaffenarsenale oder gar nur die konventionellen Militärpotentiale irgendeines souveränen Staates auf der Erde durch eine „internationale Instanz“ einer „permanenten Kontrolle“ unterstellt werden könnten, wobei völlig unklar ist, ob Grass unter Kontrolle Steuerung im Sinne von Verfügung versteht oder nur Registrierung der Existenz des zivilen und militärischen atomaren Potentials. Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA kontrolliert nicht die Kernwaffenbestände der Atommächte, sondern lediglich, ob die Staaten mit Anlagen zur zivilen Nutzung von Atomenergie ihre vertraglich eingegangenen Verpflichtungen einhalten, kein atomwaffenfähiges Material herzustellen, zu lagern oder für militärische Zwecke zu verwenden.

Richtig ist, daß Israel nach einhelliger wissenschaftlicher und politischer Auffassung eine Atommacht ist, aber im Unterschied zu allen anderen Atommächten sich nicht offiziell als Besitzer von Atomwaffen erklärt und die Anzahl seiner Atomwaffen mehr als die anderer Staaten im ungewissen ist. Diese Anzahl wird meist auf 100 bis über 200 Stück geschätzt,²³ die zweifellos dazu ausreichen, auch ein großes Land wie Iran mit 1,65 Millionen qkm und 73 Millionen Einwohnern so gut wie vollständig zu verwüsten und zu vernichten. Israel dürfte auch die Trägersysteme (Bomber, Raketen, U-Boote) besitzen, um diese Atomwaffen gegen den Iran einsetzen zu können, „könnte“ also durchaus wie jede andere größere Atommacht auch das iranische Volk auslöschen. Nur verschweigt Grass, daß nicht einmal die radikalsten

Extremisten in Israel die Auslöschung irgendeines Volkes oder Landes fordern und daß in Israel lediglich offen über einen konventionellen Angriff auf die Atomanlagen diskutiert wird, der allerdings einen Krieg mit Tausenden oder mehr Toten einleiten könnte. Nichts spricht dafür, daß es bei den geringen Verlusten an Menschenleben bleibt, wie bei der israelischen Zerstörung des im Bau befindlichen irakischen Atomreaktors Osirak im Juli 1981 oder einer ebenfalls unvollendeten syrischen Atomanlage im September 2007. Iran wäre gezwungen, nach dem lange öffentlich angekündigten israelischen Luftangriff mit kriegerischen Gegenmaßnahmen zu reagieren. Es ist völlig abwegig, die Auslöschung des iranischen Volkes in einem in der Tat drohenden israelischen Angriffskrieg als möglich zu bezeichnen.

Israel seinerseits ist ein kleines Land von der Größe Hessens mit 21.000 qkm und 7,4 Mill. Einwohnern, das bereits mit einer oder sehr wenigen nuklearen Bomben weitgehend vernichtet werden könnte. Unter diesem Gesichtspunkt ignoriert die Gleichsetzung von potentiellen nuklearen Waffenarsenalen Israels und seiner möglichen Kriegsgegner die ganz unterschiedliche Gefährdung der betroffenen nationalen Existenzen. Wechselseitige nukleare Abschreckung würde verschieden große nukleare Waffenarsenale und Trägersysteme voraussetzen.

Daß eine nukleare Vernichtung Israels durch eine (islamische) Atommacht als Kollateralschaden (als Begleiterscheinung der Vernichtung eines angestrebten Ziels in Kauf zu nehmender Schaden) auch die Vernichtung der zu 20 Prozent arabischen Bevölkerung Israels und des in nächster Nähe lebenden gesamten palästinensischen Volkes einschließen würde, wird merkwürdigerweise in den gemeinhin erörterten Szenarien eines iranischen nuklearen Vernichtungskrieges gegen Israel verschwiegen, von Israelis und ihren Freunden genauso wie von ihren Kritikern. Atomwaffen haben keine ethnisch-religiös unterscheidende Fähigkeit.

b) Israel, gemeint sind die israelische Regierung und ihre Unterstützer, gefährde unmittelbar den „ohnehin brüchigen Weltfrieden“, da es ein „Recht auf den Erstschlag“ (gemeint ist ein Ersteinsatz von Nuklearwaffen in einem Angriffs- oder Verteidigungskrieg) behaupte, der das iranische Volk „auslöschen könnte“. Grass unterstellt hier Israel zwar keine exterministische Völkermord-Absicht anlog der nationalsozialistischen, aber eine Bereitschaft, die Vernichtung des iranischen Volkes mit Nuklearwaffen in Kauf zu nehmen, um einen bloß vermuteten Bau einer iranischen Atombombe zu vereiteln. Deutschland sei insofern involviert, als es gerade einen Vertrag (am 21. März) zur Lieferung eines sechsten U-Bootes, das „allesvernichtende Sprengköpfe“ (nämlich auf Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite 1500 km) abschließen konnte, abgeschlossen hatte. Der deutsche Steuerzahler trägt sogar ein Drittel der Kosten dafür, weshalb „wir – als Deutsche belastet genug – Zulieferer eines Verbrechens

werden könnten, das voraussehbar ist“. Diesem Vertrag war am 5. März ein Gespräch des Ministerpräsidenten B. Netanjahu mit Präsident B. Obamas in Washington vorausgegangen, bei dem dieser, gedrängt auch durch kriegsbereite oppositionelle Republikaner, jenem anscheinend freie Hand zu einem Angriff auf die iranischen Atomanlagen im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen über die iranische Atompolitik gelassen hatte. Beide Ereignisse und nicht das bevorstehende Pessachfest waren der unmittelbare Anlaß für das Grass-„Gedicht“.

In der Sache zeigt hier Grass, ein ja nicht politisch völlig uninformierter Kopf, eine verblüffende Inkompetenz, die man sachlich zurückweisen und sich nicht psychologisierend mit seinem hohen Alter oder seiner Waffen-SS-Vergangenheit,²⁴ erklären sollte. Jeder, der die politische Berichterstattung in der deutschen Presse und in den TV-Nachrichten verfolgt, weiß, daß seit Monaten offen (und in Israel übrigens höchst kontrovers) über einen Angriff mit Flugzeugen und konventionellen Bomben auf iranische Atomanlagen entweder nach einem Scheitern der internationalen Verhandlungen über das iranische Atomprogramm in Istanbul, die gerade auf Mitte Mai verschoben wurden, oder erst nach den US-Präsidentenwahlen am 6. November 2012 diskutiert wird. Auch deutsche Zeitungen berichteten über die möglichen Flugrouten der israelischen Kampfflugzeuge und den Bedarf an US-Tankflugzeugen, um eine Auftankung der israelischen Flugzeuge in der Luft zu ermöglichen, oder an einem Landeplatz in Aserbaidschan. Von einem Einsatz israelischer Atomwaffen für den offen propagierten präventiven Angriff auf die iranischen Atomanlagen Irans ist nirgends die Rede. Er wäre auch keine hypothetische rationale Option für eine geheim gehaltene realpolitische und militärische Strategie.

Israelische Nuklearwaffen kämen wahrscheinlich nur dann zum Einsatz, wenn der Iran militärisch in der Lage wäre, nach einem israelischen Angriff zu einem umfassenden militärischen und terroristischen Gegenangriff auf israelisches Territorium überzugehen und die Existenz des Staates und der Bevölkerung Israels zu gefährden. Dazu ist der Iran eindeutig nicht in der Lage. Auch wenn öffentlich nichts über die Strategie für die israelischen Atomstreitkräfte bekannt ist, so ist davon auszugehen, daß Israel wie jede andere Atommacht seine Nuklearwaffen nicht nur als Abschreckung feindlicher Massenvernichtungsmittel versteht, sondern auch als militärische *ultima ratio* im Falle einer seine Existenz bedrohenden Niederlage in einem konventionellen Krieg. Die NATO hatte im Ost-West-Konflikt und Rußland hat heute ausdrücklich nicht auf einen Ersteinsatz eigener Atomwaffen verzichtet und dies mit einer tatsächlichen oder vermeintlichen Unterlegenheit bei den konventionellen Waffen begründet.

In den nächsten Monaten droht kein Atomkrieg und auch kein Weltkrieg, sondern ein regionaler Krieg. Ein präventiver Angriffskrieg Israels wäre eindeutig völkerrechtswidrig. Nur ein

präemptiver Angriff wenige Stunden vor einem voraussichtlichen Angriff eines feindlichen Landes wäre als Verteidigungskrieg völkerrechtskonform, aber nicht ein Präventivkrieg zur Vermeidung einer denkbaren feindlichen Aggression in einigen Monaten oder Jahren. Israel bedroht offen und unverhüllt den Frieden in der Region des Nahen und Mittleren Ostens, aber nicht durch einen Atom- oder Weltkrieg. Der Krieg hätte wohl verheerende Auswirkungen auf die internationale Energieversorgung und die Weltwirtschaft, würde außerdem die internationale Position Israels weiter enorm schwächen und die Gefahr von Terroranschlägen gegen jüdische Einrichtungen und Personen in der ganzen Welt drastisch erhöhen. Merkwürdigerweise spricht niemand über das technische Problem, ob man überhaupt in Funktion befindliche Atomanlagen bombardieren kann, ohne daß radioaktives Material freigesetzt wird.

c) Iran besitze Atomanlagen, die international nicht kontrolliert werden, besitze aber keine Atomwaffen. Es werde lediglich vermutet, daß im Iran eine Atombombe gebaut werde.

Grass gibt hier den Stand der veröffentlichten Erkenntnisse der US-amerikanischen Geheimdienste wider. Unstrittig ist aber ebenfalls, daß der Iran innerhalb weniger Jahre in der Lage wäre, Atomwaffen in seinen eigenen Atomanlagen, die er einer wirksamen internationalen Kontrolle durch die IAEA entzieht, herzustellen. Strittig ist lediglich, ob die iranische Führung die nukleare Rüstungsoption derzeit tatsächlich in die Tat umzusetzen im Begriffe ist. Unklar ist ferner, in wie vielen Monaten der Iran eine Atombombe besitzen könnte. Raketen mit einer Reichweite bis Israel besitzt er bereits. Niemand kann ernsthaft die Möglichkeit und beträchtliche Wahrscheinlichkeit abstreiten, daß der Iran noch in diesem Jahrzehnt eine Kernwaffenmacht wird, sollten die internationalen Verhandlungen zur Kontrolle der iranischen Atomanlagen nach den Kriterien des Atomwaffensperrvertrages und der IAEA weiterhin scheitern und die internationalen ökonomischen und politischen Sanktionen zur Erzwingung einer solchen Kontrolle wirkungslos bleiben. Niemand kann auch die Möglichkeit ausschließen, daß Iran den Atomwaffensperrvertrag kündigt und damit sich die Option eröffnet, völlig völkerrechtskonform nuklear aufzurüsten wie bislang auch schon Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea und die ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates.

Die potentielle nukleare Bedrohung Israels ist also eine reale Gefahr, keine fiktive. Diese Gefahr wird von Grass schlicht ignoriert. Andererseits ist die Gefahr, daß iranische Atombomben gegen Israel eingesetzt werden, äußerst gering, da die iranische Führung die präemptive oder reaktive Zerstörung des eigenen Landes und im äußersten Falle die Vernichtung des eigenen Volkes durch weit überlegene israelische und US-amerikanische Nuklearwaffen in Kauf nehmen müßte. Die Beschwörung eines drohenden zweiten Holocausts durch viele Ju-

den mag psychologisch verständlich sein, realpolitisch betrachtet ist ein solcher zweiter Holocaust so gut wie unmöglich wegen der militärischen Überlegenheit Israels und der USA.

d) Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad sei ein „Maulheld“, womit Grass nur indirekt auf die wiederholten Ankündigungen führender Politiker Irans anspielt, daß Israel von der politischen Landkarte zu tilgen sei und der Holocaust, also der systematische nationalsozialistische Völkermord an den Juden Europas, nicht stattgefunden habe.²⁵ Die Beschränkung auf die nebulöse Anspielung des Maulheldentums erklärte Grass nachträglich damit, der „Blödsinn und die Lügen“ des iranischen Präsidenten seien hinlänglich bekannt.²⁶

Das Abtun der israelfeindlichen und judenverachtenden Äußerungen des iranischen Präsidenten und anderer iranischer Politiker als „Maulheldentum“, „Blödsinn“ und „Lügen“ ist eine unverantwortliche Verharmlosung der tatsächlichen Gefahren, die von den iranischen Drohungen ausgeht, auch wenn in den nächsten Monaten nicht Iran Israel anzugreifen droht, sondern umgekehrt Israel den Iran. Zweifellos ist heute weder der Iran noch irgendein arabisches oder muslimisches Land wirklich in der Lage, die Existenz Israels zu gefährden. Und auch in aller absehbaren Zukunft wird keines dieser Länder realiter dazu in der Lage sein, bei Strafe des eigenen Untergangs. Allerdings mußte Israel die Erfahrung machen, daß es militärisch von Nachbarstaaten angegriffen wurde, die zwar, realistisch betrachtet, keine Siegchancen hatten, aber die realen militärischen Machtverhältnisse falsch einschätzten und Israel großen Schaden und den Verlust von vielen Menschenleben beibrachten. Es ist ein grundsätzlicher Fehler, die Möglichkeiten politisch irrationalen Verhaltens zu verkennen.

Die Gefahr, die vom iranischen „Maulheldentum“ ausgeht, ist eine ganz andere als die eines iranischen nuklearen Angriffskrieges und eines zweiten Holocausts. Sie ist vor allem eine politische und daneben auch eine terroristische, denn die iranischen Äußerungen ächten jegliche muslimische politische Kompromißbereitschaft gegenüber Israel mit dem Ziel einer Anerkennung aller bestehenden Staaten und eines künftigen palästinensischen Staates, der sich nach vorherrschender internationaler Auffassung auf den Gazastreifen und das Westjordanland sowie Ostjerusalem beschränken müßte. Vor allem aber unterstützt das iranische „Maulheldentum“ nicht nur ideologisch, sondern auch finanziell und durch Waffenlieferungen vielfältige terroristische Aktivitäten vor allem im Gazastreifen und zuvor auch im Libanon. Das „Maulheldentum“ ist also nicht bloßes Wortgeklingel, sondern gefährdet alltäglich realiter die Existenz von vielen Juden weltweit. Der Frieden wird also bereits anhaltend durch den Iran gebrochen, nicht nur gefährdet, wenn auch nicht durch einen regulären Krieg. Auf paradoxe Weise unterstützt das iranische „Maulheldentum“ Ahmadinedschads und seiner Gefährten

auch die unversöhnliche, aggressive Politik israelischer Extremisten, die meinen, die Sicherheit Israel durch seine schleichende Expansion mittels jüdischer Siedlungen in Ostjerusalem und im Westjordanland oder gar durch einen präventiven konventionellen Angriffskrieg auf die iranischen Atomanlagen stärken zu können. Würde eine neue iranische Regierung, nicht einmal ein neues und demokratisches Regime, heute eine radikale Abkehr von der bisherigen politischen und terroristischen Bedrohungspolitik gegenüber Israel vornehmen, dann würde auch die Gefahr eines israelischen Angriffskrieges drastisch reduziert, selbst bei einer Fortsetzung der iranischen Atompolitik. Iran hat also durchaus einen wichtigen Schlüssel zur Befriedung des Nahen und Mittleren Ostens in der Hand. Günter Grass verkennt dies vollständig, indem er Iran zum bloßen Opfer israelischer Bedrohungen stilisiert.

Israel ist zwar nicht der einzige Staat auf der Welt, dessen Existenzrecht bestritten wird, wie manchmal behauptet wird,²⁷ aber das Bestreiten des Existenzrechts Kuwaits und der DDR in der Vergangenheit oder der Republik China auf Taiwan und der beiden koreanischen Teilstaaten hat niemals das grundsätzliche Anwesenheitsrecht seiner Bevölkerung auf dem Gebiet des in Frage gestellten Staates gefährdet. Der Fall Israel ist aber zweifellos in der Hinsicht einmalig, daß mit dem Bestreiten des Existenzrechts des Staates – Ahmadinedschad bestreitet nicht das Existenzrecht des jüdischen oder auch nur des israelischen Volkes²⁸ – auch explizit oder implizit die Vertreibung der Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels beabsichtigt wird, was ohne Völkermord undurchführbar wäre. Im Konflikt um Israel und um Palästina geht es nicht nur um staatliche Herrschaft, sondern um ethnische Mehrheiten in der Gebieten.

4 Die Gefahr der Bestätigung von Vorurteilen durch die Grass-Affäre

Im günstigsten Falle könnte die Kontroverse über den Grass-Text eine ernsthafte, sachliche Diskussion über die israelische Kriegsdrohungen gegen den Iran und die Haltung der deutschen Regierung und Öffentlichkeit dazu auslösen. Zu befürchten ist jedoch im Gegenteil, daß sie „den Verfechtern einer besseren deutschen Nahostpolitik einen Bärendienst erwiesen,, hat.²⁹ Sollte Israel tatsächlich demnächst einen Luftangriff gegen Iran führen, so sind sehr ähnliche Äußerungen zu Israel wie nach der Grass-Publikation in wohl noch schärferer anklagender und apologetischer Form zu erwarten, als sie in diesen Tagen erschienen. Auf der einen Seite wird die Existenzbedrohung Israels als Legitimation des präventiven Angriffskrieges behauptet werden, auf der anderen Seite die Völkerrechtswidrigkeit eines solchen Angriffskrieges und seine menschlichen und auch politischen Opfer: Solidarisierung auch des

oppositionellen Teils der iranischen Bevölkerung mit den militärischen Verteidigungsmaßnahmen des Mullah-Regimes und Stärkung antiisraelischer und antisemitischer Ressentiments, vereinzelt auch Motivation zusätzlicher Terroraktivitäten gegen jüdische Einrichtungen und Juden in der ganzen Welt. Deutschland wird sich trotz aller vorsichtigen offiziellen Distanzierung von der israelischen Entscheidung zum Luftangriff auf die iranischen Atomanlagen grundsätzlich mit Israel solidarisieren, eine gesellschaftliche Minderheit mit Unterstützung einer schweigenden Mehrheit wird die Völkerrechtswidrigkeit und Inhumanität des Angriffskrieges anprangern und sich bemühen, antiisraelische und antisemitische Begleiterscheinungen der israelischen Kriegspolitik in den eigenen Reihen zu vermeiden oder einzudämmen. Im Grunde können die politischen Artikel für den Fall einer israelischen Entscheidung zum Angriffskrieg schon heute geschrieben werden, müssen dann nur noch durch einige konkrete Details des noch nicht vorhersehbaren Geschehens ergänzt werden.

Das Hauptargument für einen israelischen Luftangriff ist, daß er die letzte Chance enthalte, einen Atomangriff Irans auf Israel zu verhindern. Ein späterer Angriff einer Atommacht Iran auf Israel würde unvergleichlich mehr Menschenleben kosten als ein rechtzeitiger Angriff auf die unvollendeten iranischen Atomanlagen. Um die Entstehung einer dominanten, nuklear bewaffneten Regionalmacht Iran zu verhindern, befürworteten bekanntlich auch saudische Politiker einen israelischen Angriff auf die iranischen Atomanlagen. Die Duldung einer atomaren Rüstung Irans enthalte außerdem die Gefahr, daß dann auch arabische Staaten wie Ägypten oder Saudiarabien oder die Türkei nach Atomwaffen streben könnten und somit weltweit den Atomwaffensperrvertrag zu Fall bringen würden. Ein begrenzter Krieg heute wäre somit zwar ein Übel, aber ein kleineres Übel als die Duldung eines weit größeren Übels.

Das realpolitische Hauptgegenargument gegen einen israelischen Luftangriff lautet, daß er das iranische Atomprogramm nicht verhindern, sondern nur um wenige Jahre verzögern könne und daß der Iran seine Atomwaffen, sollten sie im schlimmsten Falle wirklich gebaut werden, wegen der nuklearen Abschreckung gar nicht einsetzen könne. Die Folgen eines israelischen Präventionskrieges seien politisch verhängnisvoll für Israel, militärisch sei das Risiko einer eventuellen iranischen Atomrüstung tragbar. Israel würde durch einen Angriffskrieg in der Weltöffentlichkeit noch mehr isoliert werden, die iranische Opposition würde an das derzeitige Regime und seine Atompolitik gefesselt und die terroristischen Anschläge auf Juden in aller Welt würden zunehmen. Nüchtern betrachtet besteht heute noch eine gewisse Chance, daß sich die Kriegsgegner in den Regierungen und militärpolitischen Eliten Israels und der USA letztlich durchsetzen werden und es bei bloßen Interventionsdrohungen belassen.

5 Elemente einer proisraelischen Kritik an der derzeitigen israelischen Regierungspolitik

Wie könnten eine allgemeine und eine spezifisch deutsche friedenspolitische Position zur Gefahr eines israelischen und vielleicht auch US-amerikanischen Angriffskrieges im Nahen und Mittleren Osten aussehen? Das am besten und unmittelbar zur Verfügung stehende Mittel ist ein vordergründig einfacher, aber politisch-psychologisch schwieriger Wechsel in der iranischen Atompolitik. Iran will erklärtermaßen Atomkraft zur Ergänzung seiner Energieversorgung gewinnen. Dies will kein anderes Land verhindern. Iran müßte nur dieselbe internationale Kontrolle seiner Atomanlagen akzeptieren, die Dutzende anderer Staaten mit Kernkraftwerken hinnehmen. Die Anreize für ein vertragskonformes Verhalten Irans könnten noch erheblich vermehrt werden, ökonomische wie politische. Dazu könnten auch Sicherheitsgarantien gegen eine Militärintervention gehören, die der Iran in den letzten Jahrzehnten mehrmals mit westlicher Unterstützung erleiden mußte und die ihm jüngst der Westen im Kosovo und in Libyen wieder vorführte. Sollte der Iran dennoch seine undurchsichtige Atompolitik aus welchen Gründen auch immer fortsetzen, so wäre die Duldung des schlimmsten Falles eines Atombombenbaus friedenspolitisch einem Krieg zur Zerstörung der iranischen Atomanlagen aus den genannten Gründen vorzuziehen. Viel zu wenig wird in Betracht gezogen, daß einmal hergestellte Atomwaffen auch wieder demontiert werden können. Die Ukraine, Kasachstan und Belarus demonstrierten dies, auch für Nordkorea ist das noch lange nicht ausgeschlossen. Ein vielleicht demokratisches Nachfolgeregime des Mullah-Regimes könnte den Kurswechsel vollziehen, der zur Aufrechterhaltung des Atomwaffensperrvertrages unerlässlich ist.

Die deutsche Regierung hat nur wenige Möglichkeiten, die israelische und evtl. auch die US-amerikanische Regierung von einem Angriffskrieg abzuhalten. Aber sie sollte sie nutzen und offen ihren Dissens zum Ausdruck bringen. Die Friedensbewegung könnte viel entschiedener sowohl Stellung gegen den permanenten Friedensbruch durch Iran und gegen die Nichtanerkennung Israels durch manche muslimische Staaten als auch gegen einen Angriffskrieg auf den Iran beziehen und damit einen glaubwürdigen Einfluß auf die Weltöffentlichkeit nehmen. Der Preis für den Frieden im Mittleren Osten kann sehr hoch werden, das sollte man nicht verschweigen: die Inkaufnahme der Option einer iranischen Atomrüstung oder gar konkret die Herstellung iranischer Atomwaffen. Dies würde die regionale Staatenordnung grundlegend umwälzen. Eine iranische Atomrüstung würde auf viele Jahrzehnte zwar kaum, realistisch betrachtet, die Gefahr eines selbstmörderischen iranischen Angriffs- und Vernichtungskrieges gegen Israel wegen der ungefährdeten nuklearen Überlegenheit Israels und der USA hervorru-

fen, wohl aber die Gefahr der Atomrüstung mehrerer arabischer Staaten und die weitere Atomrüstung Israels provozieren, also ein nukleares Abschreckungssystem mit völlig unklaren Fronten erzeugen. Das würde außerdem ein neues internationales Wettrüsten nicht nur mit Sprengköpfen, sondern auch mit Trägersystemen und Abwehrwaffen einleiten, das weltweite, nicht nur regionale Dimensionen hätte. Wegen der unklaren Fronten und Allianzen, die offen lassen, ob arabische Nuklearmächte informelle Verbündete Irans oder Israels wären, würden Rüstungskontrollverhandlungen weitaus schwieriger als zu Zeiten des Ost-West-Konflikts.

Die Aufgabe von friedenspolitischer Arbeit außerhalb der Machteliten kann nur darin bestehen, langfristig an einer Veränderung der öffentlichen Meinung in den derzeit kriegsbereiten Konfliktregion zu arbeiten. Diese Aufgaben lassen sich klar benennen: Iraner und Araber müssen daran arbeiten, daß ihre Gesellschaften und dann auch ihre Regierungen die Existenz Israels in seinen international anerkannten Grenzen von 1967 anerkennen und jegliche ideologische und materielle Bedrohung Israels nicht nur aufgeben, sondern ihr entschieden entgegen treten. Israelis und Juden, die Israel unterstützen, müssen ebenfalls Israel in seinen Grenzen und damit auch das heutige arabische Palästina in seinen (unter Umständen einvernehmlich zu ändernden) Grenzen von 1967 anerkennen, also entschieden nicht nur für einen Stopp der jüdischen Besiedlung Ostjerusalems und des Westjordanlandes eintreten, sondern auch für eine Rückkehr der Jungsiedler der letzten Jahrzehnte nach Israel. Israel hat nicht die geringsten Chancen in seiner Existenz anerkannt zu werden, wenn es sich selbst nicht in seinen völkerrechtlich vereinbarten Grenzen anerkennt, sondern eine permanente schleichende Eroberungspolitik betreibt. Juden, die heute die Expansion der jüdischen Siedlung auf Gebiet, das in der Antike jüdisch war, aufgrund überlegener Militärmacht legitimieren, haben nicht das geringste stichhaltige Argument gegen Araber und Muslime, die eine Expansion der arabischen Besiedlung aufgrund noch zu schaffender arabischer und muslimischer Militärmacht in einigen Jahren, Jahrzehnten oder gar noch nach über hundert Jahren im heutigen Israel betreiben wollen, mit viel jüngeren historischen Ansprüchen als den antiken jüdischen. Ein glaubwürdiger und nachhaltiger Frieden zwischen zwei allseits anerkannten Staaten Israel und Palästina, der die Sicherheitsansprüche Israels gewährleistet, löst zwar keineswegs alle friedensgefährdenden Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, beseitigt aber das wichtigste, vorgeschobene oder verinnerlichte Legitimationsargument für zahlreiche andere Konflikte.

Es ist anhaltender und weit verbreiteter Trugschluß in der Friedensbewegung und auch bei Grass, daß Abrüstung Frieden erzeugen könnte. Richtig ist vielmehr, daß tendenziell erst eine friedliche Konfliktregulierung substantielle Abrüstung ermöglicht. Die israelischen Atomwaf-

fen lassen sich erst in Jahrzehnten zerstören, wenn Israel politisch genauso sicher in seiner staatlichen Existenz sein wird wie die Schweiz, Dänemark oder Luxemburg und wenn Palästina israelische militärische Einmischung nicht mehr fürchten muß als Schweden diejenige Dänemarks. Friedenspolitik im Nahen und Mittleren Osten muß auf Jahrzehnte angelegt sein, auch nach einem Krieg gegen den Iran oder nach einer atomaren Aufrüstung Irans.

6 Die Möglichkeit einer Scheinbestätigung der Grass-Erklärung im Falle eines israelischen Angriffs auf die iranischen Atomanlagen

Heute kann vernünftigerweise kein realistischer Beobachter der internationalen Politik die Möglichkeit und eine gewisse Wahrscheinlichkeit eines baldigen Krieges gegen den Iran zur Vernichtung seiner Atomanlagen und damit auch nicht spätere iranische Versuche zur atomaren Aufrüstung nach einigen Jahren ausschließen, um eine erneute Intervention zu verhindern. Iran hätte keine Wahl, die Zerstörung seiner Atomanlagen einfach hinzunehmen wie seinerzeit der Irak oder Syrien, sondern wäre politisch-psychologisch gezwungen, selbst militärische Aktionen gegen israelische und gegebenenfalls auch US-amerikanische wirtschaftliche, politische und militärische Positionen vorzunehmen. Es ist also mit einem länger anhaltenden Krieg zu rechnen. Außerdem wird merkwürdigerweise öffentlich nicht diskutiert, ob überhaupt eine militärische Zerstörung bereits im Betrieb befindlicher Atomanlagen technisch möglich ist, ohne einer Verstrahlung der näheren oder gar weiteren Umgebung auszulösen.

Wir können nur eine kleine Hoffnung haben, daß die Regierungen Netanjahu und Obama in geteilten Rollen lediglich mit der Kriegsoption bluffen, und auch nur eine geringe, daß sich die Regierung Irans der vermeintlichen oder auch tatsächlichen Kriegsdrohung beugen wird. Vielmehr ist zu befürchten, daß die iranische Führung und die iranische Gesellschaft teils *nolens* teils *volens* das Risiko eines Krieges eingehen werden. Falls der Iran zu erheblichen militärischen Gegenschlägen nach einem Angriff auf seine Atomanlagen in der Lage sein wird, wird Deutschland nicht umhin kommen, politisch und evtl. auch durch militärische Unterstützungsleistungen Israel zur Seite zu stehen – unter Protest einer Minderheit und bei überwiegendem Unbehagen in der Mehrheit der deutschen Gesellschaft. Dieses vorhersehbare Szenario sollte nicht davon abhalten, gründlich über eine Friedenspolitik für den Nahen und Mittleren Osten nachzudenken, die sowohl vor als auch nach dem vielleicht bevorstehenden Angriffskrieg Israels mit oder ohne Unterstützung der USA betrieben werden kann und muß. Die dargelegten grundsätzlichen Probleme und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten bleiben auch nach einer vorübergehenden Zerstörung der iranischen Atomanlagen bestehen.

Anmerkungen:

¹ Süddeutsche Zeitung vom 4.4.2012, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/gedicht-zum-konflikt-zwischen-israel-und-iran-was-gesagt-werden-muss-1.1325809>; auch in: Spiegel Online vom 4.4.2012, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,druck-825744,00.html>.

² Nach Gathmann, Florian – Wittrock, Philipp: Dichter im Abseits, S. 1, in: Spiegel Online vom 4.4.2012, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-825770,00.html>.

³ Zitiert nach Lau, Jörg: Feigheit vor dem Freund, in: Die Zeit vom 12.4.2012, S. 4.

⁴ Süddeutsche Zeitung vom 4.4.2012, .

⁵ Spiegel Online vom 6.4.2012, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,druck-826228,00.html>. Jürg Dedial meinte in der Neuen Zürcher Zeitung dazu, daß Grass dies gleich hätte sagen sollen:

http://www.nzz.ch/nachrichten/startseite/was-guenter-grass-gleich-haette-sagen-koennen_1.16415889.html

⁶ Der Dichter wehrt sich, in: Spiegel Online vom 5.4.2012, <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/0,1518,druck-826045,00.html>.

⁷ Laut Spiegel Online vom 7.4.2012, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-826246,00.html>, siehe auch <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/0,1518,druck-826300,00.html>.

⁸ Es ist ein ekelhaftes Gedicht, in: FAS vom 8.4.2012, S. 19.

⁹ Empörung über Israel-Gedicht, in: Spiegel Online vom 7.4.2012, <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/0,1518,druck-826300,00.html>.

¹⁰ Grass – Ignorant oder berechnender Zyniker, in: Die Welt vom 7.4.2012,

<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article106161226/Grass-Ignorant-oder-berechnender-Zyniker.html>.

¹¹ Antisemitismus ohne Antisemiten, in: Berliner Zeitung vom 7.4.2012, <http://www.berliner-zeitung.de/politik/debatte-um-grass-gedicht-antisemitismus-ohne-antisemiten,10808018,14692076.view,printVersion.html>.

¹² In einer Anzeige „An den Dichter des Grauens, der Verzerrung, der Provokation gegen Israel“ in Die Welt vom 11.4.2012, nach Badisches Tagblatt vom 12.4.2012,

¹³ Laut Spiegel Online vom 5.4.2012, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-825876,00.html>.

¹⁴ Was treibt Günter Grass um?, in: FAZ vom 11.4.2012, S. 8.

¹⁵ Laut Spiegel Online vom 6.4.2012, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,druck-826192,00.html>.

¹⁶ Botschaft des Staates Israel in Berlin vom 4.4.2012,

<http://embassies.gov.il/berlin/NewsAndEvents/Pages/Nahsonn-zu-Grass>.

¹⁷ Laut Spiegel Online vom 5.4.2012, <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/0,1518,druck-826045,00.html>.

¹⁸ BamS vom 7.4.2012, <http://www.bild.de/politik/inland/guido-westerwelle/anti-israel-gedicht-aussen-minister-antwortet-guenter-grass-23537798.bild.html>.

¹⁹ Laut Spiegel Online vom 5.4.2012, <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/0,1518,druck-825782,00.html>, siehe auch Spiegel Online vom 7.4.2012, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-826246,00.html>.

²⁰ Mitteldeutsche Zeitung vom 5.4.2012, <http://www.presseportal.de/pm/47409/2229984/mitteldeutsche-zeitung-grass-gedicht-praesident-der-akademie-der-kuenste-staech-nimmt-grass-in>.

²¹ Spiegel Online vom 6.4.2012, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-826163,00.html>.

²² [http://www.friedensinitiative-wuerselen.de/files/Günter Grass - Andreas Buro.pdf](http://www.friedensinitiative-wuerselen.de/files/Günter_Grass_-_Andreas_Buro.pdf).

²³ Federation of American Scientists: Nuclear Weapons - Israel, <http://www.fas.org/nuke/guide/israel/nuke/>.

²⁴ Wie das viele Kritiker tun: Goldmann, Robert B.: Was treibt Günter Grass um?, in FAZ vom 11.4.2012, S. 8.

²⁵ Wortlauf der Rede von Mahmud Ahmadinedschad vom 26.10.2005 in Teheran auf der Konferenz „Eine Welt ohne Zionismus“, laut Übersetzung von The Middle East Media Research Institute, siehe auch Dossier der Bundeszentrale für Politische Bildung, <http://www.bpb.de/themen/MK6BD2,0,0>,

Die_umstrittene_Rede_Ahmadinedschads.html und das Spiegelgespräch mit Ahmadinedschad, in: Spiegel Online vom 31.5.2006, <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,418312,00.html>.

²⁶ Laut Spiegel Online vom 5.4.2012, <http://www.spiegel.de/kultur/literatur/0,1518,druck-826045,00.html>.

²⁷ Botschaft des Staates Israel in Berlin vom 4.4.2012,

<http://embassies.gov.il/berlin/NewsAndEvents/Pages/Nahsonn-zu-Grass>.

²⁸ Auch ein Ahmadinedschad ist kein „Hitler“, wie z. B. Henryk M. Broder behauptet, genausowenig wie viele andere gern mit ihm gleichgesetzte Autokraten oder auch Demokraten, die kein Blutvergießen für ihre politischen Ziele scheuen, aber nicht tatsächlich ein ganzes Volk vernichten wollen.

²⁹ So Jürg Dedial in der Neuen Zürcher Zeitung, http://www.nzz.ch/nachrichten/startseite/was-guenter-grass-gleich-haette-sagen-koennen_1.16415889.html